

Migration und Integration – wie kommen wir weiter?



„Nur 20 Prozent sehen Deutschland derzeit in der Lage, noch mehr Migranten aufzunehmen“ lautete die Überschrift eines [Berichts](#) über eine Allensbach-Umfrage, 59 % (in den östlichen Bundesländern 69 %) halten dies nicht für möglich. Wenn man danach sucht, welche Meinungen und Kenntnisse hinter diesen Zahlen stecken, findet man ein ziemliches Wirrwarr:

- Es wird von Migration gesprochen, gemeint ist aber meist nur die Fluchtmigration, die den Zahlen nach deutlich geringer ist als „Arbeitsmigration“, „Bildungsmigration“ und „Familiemigration“ zusammen. 2019 und 2020 lag die Fluchtmigration [bei 10 %](#), dagegen beschäftigten sich die Wahlprogramme von 2021 aller Bundestagsparteien unter der Überschrift *Migration* zu rund 80 % mit Fluchtmigration.
- 2022 haben sich die Zahlen für Fluchtmigration infolge Putins Angriff auf die Ukraine deutlich erhöht. Die davon verursachten Probleme in der Kapazität von Unterbringung und Integrationskursen wurden in der Diskussion aber hauptsächlich einer Minderheit von weniger als 10 % der Geflüchteten angelastet, die nach abgelehntem Asylantrag evtl. ausreisepflichtig werden dürften (s. *Was ist Sache? Nr. 19 „Land unter“ bei der Aufnahme in Kommunen?*).

Vieles in der öffentlichen Diskussion ist somit [„schief“ \[1\]](#). Das Bemühen, wesentliche Zusammenhänge und Punkte verständlich zu machen, ist selten erkennbar. Stattdessen werden Diskussionen zu oft mit emotionalisierenden „Totschlagargumenten“ geführt. Wer in jedem Ansatz für eine Begrenzung unregelmäßiger Migration sofort einen Verstoß gegen humanitäre Prinzipien sieht, hat die Problematik der gegenwärtigen und zukünftigen Migrationslage in Europa nicht verstanden – genauso wenig wie derjenige, der meint, mit konsequenter Abschiebung seien die Probleme gelöst. **Wir brauchen gleichzeitig mehr Kontrolle der Migration, damit die aufnehmenden Gesellschaften nicht überfordert werden, und eine Gestaltung der Kontrolle, die mit den Schutzgedanken der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar ist.**

Beides unter „einen Hut“ zu bekommen, ist nicht mit polarisierter, sondern nur mit differenzierender Diskussion möglich. – Wie kommen wir dorthin?

Differenzierende Debatte nötig

Eine [Studie \[2\]](#), die 2018 die Einstellungen zur Migration in Deutschland detaillierter erfragte, kam zu dem Ergebnis, dass in Deutschland das Potenzial für eine differenzierende, pragmatische Diskussion durchaus vorhanden ist. (Das dürfte heute, fünf Jahre später noch ähnlich sein, wie kürzlich eine [Umfrage \[3\]](#) des NDR zeigte.) Nach der Studie gehört etwa die Hälfte der Deutschen zu einer breiten „beweglichen Mitte“ und zeigt differenzierte Einstellungen. Sie ist zwar mehrheitlich offen für die Aufnahme von Geflüchteten, sieht aber auch die Herausforderungen, die der Zuzug dieser Menschen mit sich bringt. Sie leitet daraus teilweise die Notwendigkeit von Begrenzungen ab. Die Einstellungsgruppen, die sehr restriktiv zur Aufnahme von Geflüchteten stehen („national Orientierte“) bzw. kaum Restriktionen für angebracht halten („weltoffen Orientierte“) stellen jeweils etwa ein Viertel der Bevölkerung.

Interessanterweise wurden zwischen diesen beiden letzten Einstellungsgruppen bei Einzelfragen nicht nur die zu erwartenden erheblichen Unterschiede festgestellt (z.B. bei Fragen zu *Einwanderung als Chance* oder *Akzeptanz von Geflüchteten in der Nachbarschaft*), sondern auch Ansätze für Übereinstimmungen (z.B. bei *Ausreisepflichtige Ausländer, die gut integriert sind und*

einen Job oder Ausbildungsplatz haben, sollten in Deutschland bleiben dürfen oder Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt). D.h. es sind für eine differenzierende Diskussion gewisse Anknüpfungspunkte zumindest für Teile auch dieser Einstellungsgruppen vorhanden.

Dies ist wichtig, da es nur über eine Debatte, die Mehrheiten sucht, Verbesserungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik gibt. Grundlage einer offenen Debatte muss die Einsicht sein, dass Migration für Ankommende wie für Aufnehmende erstmal große Herausforderungen mit sich bringt. Ebenso werden die mit der Migration möglichen Chancen nur dann realisiert, wenn ein weitgehender Konsens zur Bewältigung dieser Herausforderungen erreicht wird. Es müssen auch genügend derjenigen Mitbürger mitgenommen werden, die in der aufnehmenden Bevölkerung eher skeptisch und besorgt sind.

Wie also gehen wir angesichts wieder steigender Migrationszahlen damit jetzt um? Wieder mit viel Emotion und Empörung über „die“ mit einer anderen Meinung? Oder diesmal mit etwas mehr nüchterner Analyse und Verständnis dafür, dass unterschiedliche Ansichten je nach Situation durchaus ihre Berechtigung haben können, man also genau zuhören sollte, worum es geht?

Wesentliche Diskussionspunkte im Pro und Kontra Migration

- **Identität** – Oft wird angesprochen, durch zu starke Zuwanderung könne die „deutsche Identität“ verloren gehen. Dabei ist es bekanntermaßen schwierig zu definieren, was „deutsche Identität“ sein soll. Denn wenn in unterschiedlichen Regionen Deutschlands unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen dazu befragt werden, gibt es sehr unterschiedliche Antworten. Aber einfach gesehen: Es ist nachvollziehbar, wenn z.B. ältere Deutsche im Umfeld eines Großstadtbahnhofs oder in bestimmten Stadtvierteln mit sehr hohem Ausländeranteil sich nicht mehr heimisch, sondern verunsichert oder gar bedroht fühlen.

Sicher kann gegen dieses Gefühl argumentiert werden, dass viel davon abhängt, wie gut und wie schnell an Integration gearbeitet wird und ob aus Absicht oder Unverstand ausgeprägte „Parallelgesellschaften“ zugelassen worden sind, die Misstrauen gegeneinander aufbauen. Dass eine starke Zuwanderung zumindest im Rückblick gut ausgehen kann, zeigt das Beispiel der [„Ruhrpolen“](#). Diese wurden nach 1871 meist als Bergarbeiter ins Ruhrgebiet geholt, um dort den Bergbau zu entwickeln, und wurden lange genauso schlecht behandelt wie die 90 Jahre später für den gleichen Zweck angeworbenen türkischen „Gastarbeiter“. Der Fußballverein FC Schalke 04 bekam vor dem Ersten Weltkrieg den abwertend gemeinten Namen „Polackenverein“. Viele in der Mannschaft, die in den 1930er Jahren Schalke zum stärksten Verein im Deutschen Reich machten, hatte polnisch klingende Familiennamen. Aber inzwischen stört sich keiner mehr an Sawatzkis oder Podolskis in seiner Nachbarschaft, denn Deutschland hat sich durchaus als fähig erwiesen, Zugewanderte zu assimilieren, sodass diese sich als Deutsche verstehen und zur „deutschen Identität“ gehören – wenn man sie denn lässt.

Wenn auch oft nicht bewusst: [Migrationsbewegungen \[4\]](#) hat es in der Mitte von Europa schon sehr lange und immer wieder gegeben. Wie die Erfahrung zeigt, hat – evtl. nach anfänglichen, [z.T. großen](#) Problemen – die Integration der Zugewanderten in Deutschland in der Regel funktioniert (neben den erwähnten polnischen Bergarbeitern z.B. auch bei den Hugenotten Ende 17. Jhdt. oder den italienischen „Gastarbeitern“ ab 1955).

Aber klar ist auch: Die Beispiele der Vergangenheit sind keine Garantie dafür, dass die Integration einer großen Zahl von Zugewanderten in anderen Fällen quasi von selbst gelingt. Vielmehr bleibt eine erfolgreiche Integration eine Herausforderung für alle Beteiligten, die jedes Mal mit einem klaren Konzept angegangen werden muss. Aus den unterschiedlichen Fällen lässt sich aber zumindest lernen, welche Fehler vermieden werden sollten.

- **Kriminalität und Sicherheit** – Immer wieder wird eine Zunahme besonders von Gewaltkriminalität durch Geflüchtete thematisiert. Dabei wird hervorgehoben, dass der Anteil Geflüchteter an den registrierten Straftaten höher ist als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Allerdings zeigen [Untersuchungen \[5\]](#) zur spezifischen Häufigkeit von Gewaltdelikten, also Zahlen bezogen etwa auf Altersgruppen, Geschlecht und soziale Verhältnisse, insgesamt keine signifikanten Unterschiede zwischen Geflüchteten und deutscher Bevölkerung, s. auch [Was ist Sache? Nr. 3 Kriminalität](#). Es ist einfach so, dass z.B. junge Männer, vor allem ohne Arbeit und Zukunftsperspektive, generell eine größere Tendenz zu Gewaltdelikten haben als Großmütter in harmonischen Familien – unabhängig von Geburtsland, Hautfarbe und Religion.

Damit ist aber nicht gemeint, dass diese Situation resignierend hingenommen werden sollte. Wie vorgegangen werden kann, ist in vorbildlicher Weise in der belgischen Stadt Mechelen demonstriert worden [6], s. auch [Was ist Sache? Nr. 2 Was man von Mechelen lernen kann](#). Mit einem klaren Konzept für eine stärkere und schnellere Integration einerseits und strikten Regeln und Sanktionen andererseits ist es in wenigen Jahren gelungen, soziale Brennpunkte zu entschärfen und aus einer wegen Schmutz und Kriminalität verrufenen Stadt eine Stadt zu machen, die sowohl für Belgier als auch Zugewanderte attraktiv ist. Es spricht nichts dagegen, dass eine ähnlich systematische Vorgehensweise mit klarem und offensivem Konzept auch in [sozialen Brennpunkten](#) einiger deutscher Städte wirken und damit die Sicherheit erhöhen könnte.

- **Rechtsstaat** – Regelmäßig wird hervorgehoben, zur Wahrung des Rechtsstaates müssten rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber auch zügig in ihr Herkunftsland rückgeführt (abgeschoben) werden.

Es ist unstrittig, dass nach geltendem Recht und aus gutem Grund zwischen Asylbewerbern, für die eine Schutzberechtigung festgestellt wurde, und solchen zu unterscheiden ist, bei denen eine Schutzbedürftigkeit nicht anerkannt wurde. Bei ersteren gibt es nach unserem Recht eine Aufnahmeverpflichtung, bei letzteren nicht.

Allerdings sollte für die Anwendung dieses Prinzips sichergestellt werden, dass die rechtskräftig gewordenen Ablehnungen nicht unter Verstoß gegen geltendes Recht zustande gekommen sind. Leider ist jedoch davon auszugehen, dass in vielen Fällen Asylverfahrensberatung und Rechtsbeistand nicht wie verfassungsrechtlich geboten auch gewährt wurden – kein Ruhmesblatt für die zuständigen Innenminister, [s. Was ist Sache? Nr. 17 Gegenwärtige Praxis der Asylverfahrensberatung rechtswidrig?](#) Hierzu gibt es leider keine Untersuchungen, obwohl die hohe Quote der durch Verwaltungsgerichte aufgehobenen Ablehnungsbescheide bei Asylbewerbern, die sich einen qualifizierten Anwalt leisten konnten, nachdenklich machen sollte.

Weiterhin widerspricht es dem Rechtsstaat durchaus nicht, bei abgelehnten Asylbewerbern zu prüfen, ob ihr Verbleib nicht doch im Interesse Deutschlands ist, und ihnen ggf. einen entsprechenden Aufenthaltsstatus zu gewähren („Spurwechsel“). Warum müssen Geflüchtete, die schon ihre Integrationsfähigkeit in Deutschland gezeigt und Sprachkenntnisse erworben haben sowie zur Arbeit in „Mangelberufen“ bereit sind, mit großem Aufwand abgeschoben werden? Vor allem, wenn gleichzeitig zum Verringern der Lücken mit wiederum großem Aufwand in Drittländern [Arbeitskräfte angeworben](#) werden, die Deutschland und Deutsch noch gar nicht kennen?

- **Verringerung des demographischen Problems** – Diverse Untersuchungen [7] bis [10] zur Zukunft des Arbeitsmarkts und der Sozialsysteme in Deutschland stellen fest, dass vor allem aufgrund des Renteneintritts der „Babyboomer“ in den nächsten Jahren die Zahl der

verfügbaren Arbeitskräfte deutlich zurückgehen wird bei gleichzeitiger deutlicher Zunahme der Rentner mit Leistungsansprüchen. Die Untersuchungen sprechen von etwa 400.000 Arbeitskräften pro Jahr, die aus dem Ausland zuwandern müssten, um die Situation bezüglich Arbeitsleistung, Steuern und Einzahlung in die Sozialsysteme zumindest stabil zu halten. Dabei geht es nicht nur um bereits ausgebildete Fachkräfte, sondern auch um Arbeitswillige, die angelernt werden können.

Ein Teil der benötigten Arbeitskräfte kann wohl aus der EU-Binnenmigration gewonnen werden, die allerdings in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist, ein weiterer Teil über die Möglichkeiten, die mit einem verbesserten Fachkräfteeinwanderungsgesetz geschaffen werden sollen. Es besteht aber Einigkeit, dass auf diesen Wegen die benötigten 400.000 Arbeitskräfte pro Jahr bei weitem nicht erreicht werden. Die Lücke könnte über den Spurwechsel von abgelehnten, aber nach den bisherigen Eindrücken integrationsfähigen Geflüchteten und über den Ausbau von [Resettlement](#)-Vereinbarungen teilweise oder ganz geschlossen werden. Wie viele auf diese Weise pro Jahr aufgenommen werden können, sollte an der Aufnahmekapazität der aufnehmenden Kommunen orientiert werden. Das Dogma „Spurwechsel unerwünscht“ liegt vor diesem Hintergrund nicht im deutschen Interesse.

Klar ist: Die so angestrebte Hilfe für Arbeitsmarkt und Sozialsysteme setzt einen erheblichen Aufwand für eine rasche Integration durch Sprach- und Ausbildungsprogramme sowie für Kontakte zur aufnehmenden Gesellschaft voraus. Was spricht aber dagegen, diesen Aufwand als Investition zu sehen, die sich rasch amortisiert?

- **Pull-Faktor** – Bei den vorstehend angesprochenen Punkten wird deutlich: Wenn die Integration Zugewanderter mit einem klaren Konzept angegangen wird, verringern sich zu beobachtende Probleme deutlich. Warum dieser Weg zu erfolgreicher Integration oft nicht beschritten wird, hat mit einem weiteren Diskussionspunkt im Pro und Kontra zu tun: Der Sorge vor dem Pull-Faktor.

Dabei geht es um die Annahme, günstige Randbedingungen für ein Leben in Deutschland könnten zusätzlich Menschen dazu verleiten, sich auf die Flucht zu begeben, es kämen dann „weitere Millionen“ nach Deutschland. Und das würde die Aufnahmekapazität unserer Gesellschaft überfordern und große Probleme bereiten. Aus dieser Überlegung heraus wird oft die Integration (Zugang zu Arbeitsmarkt und angemessenen Wohnverhältnissen) besonders bei Geflüchteten ohne Anerkennung mehr oder weniger stark behindert und für das „Dichtmachen“ von Grenzen plädiert. Meist unausgesprochene Abschreckungslogik: *Wenn man es hinreichend schlimm für Flüchtende macht, kommen weniger.*

Damit steht unsere Gesellschaft aber vor einem Dilemma:

- Einerseits hat diese Logik in der Praxis dazu geführt, dass zur Abwehr der Nicht-Schutzbedürftigen Maßnahmen angewendet werden (z.B. „Push Backs“), die Flüchtenden keine Chance lassen, einen Asylantrag zu stellen. Das geschieht zwar im Wesentlichen an EU-Außengrenzen, aber Deutschland scheint das im Rahmen der EU hinzunehmen. Damit werden auch Schutzbedürftige an einer Antragstellung gehindert.
- Andererseits legen in der geltenden Fassung Grundgesetz und EU-Recht fest, dass nach festgelegten Kriterien Schutzbedürftigen Schutz zu gewähren ist und dass auch Fremde human zu behandeln sind. Dies wird – zumindest offiziell – von den demokratisch orientierten Parteien im Bundestag und in den Landtagen auch anerkannt.

Diese Situation hat zu einer Migrationsdebatte bei uns geführt, die in diesem Punkt nicht ganz redlich verläuft: Die Anhänger der Abschreckungslogik übersehen nach Kräften, dass die jetzige Praxis in Teilen rechtswidrig ist. Die Gegner der Logik wiederum verweisen auf

Studien, die den Pull-Faktor als nicht belegt ansehen. Sie vermeiden aber weitgehend die Diskussion darüber, was denn die Gründe für die im Vergleich zu anderen Ländern hohe Zuwanderung nach Deutschland über unregelmäßige Migration sein könnte.

Wie sieht es nun mit dem Pull-Faktor nach heutigem Kenntnisstand aus? – Vorliegende [Untersuchungen \[11\]](#) sehen bisher tatsächlich einen signifikanten Effekt nicht als belegt an, zumindest nicht, dass der Faktor wesentlich wäre, sich überhaupt für eine Flucht zu entscheiden, die typischerweise über tausende Kilometer gefährlicher Strecken verläuft. Die Entscheidung, auf die Flucht zu gehen, beruhe vielmehr auf einem [ganzen Spektrum \[12\]](#) von Faktoren und je nach Situation könne das Gewicht der Faktoren variieren.

Die Studien schließen aber nicht aus, dass der Pull-Faktor eine Rolle spielen kann besonders bei Überlegungen, wenn jemand nach einer langen Flucht schließlich Europa lebend erreicht hat, in welchem Land in Europa er dann verbleiben will.

Wahrscheinlich lässt sich der Stand der Diskussion so zusammenfassen, dass der Pull-Faktor (polarisierend formuliert als „Zuwanderung in Sozialsysteme“) für die Fluchtentscheidung außereuropäischer Geflüchteter nicht die dominierende Rolle spielt, wie von Anhängern der Abschreckungslogik oft behauptet, dass er bei der Auswahl des Ziellandes in Europa aber auch nicht irrelevant ist.

Wie könnten wir weiterkommen?

Die vorstehenden Überlegungen können das vielfältige und komplexe Thema „Migration und Integration“ nur skizzenhaft anreißen. Sie machen aber wohl schon deutlich, worum sich eine vertiefende Diskussion besonders kümmern muss:

Unabhängig von der Einschätzung des Pull-Faktors ist ein Weg zu finden, wie einerseits Zugang für Schutzbedürftige ermöglicht wird und andererseits unregelmäßige Migration so eingedämmt wird, dass in der aufnehmenden Bevölkerung das Gefühl einer Überforderung vermieden wird.

Zentrale Punkte in einem entsprechenden Konzept

- **Abkommen für geregelte Migration** – Um unregelmäßige Migration zurückzudrängen, werden Abkommen mit Drittstaaten benötigt. Dafür braucht es pragmatisches Verhandeln mit Partnerländern, das deren Interessen ernst nimmt. (Wesentliche zu beachtende Aspekte s. [Was ist Sache? Nr. 16, Vereinbarungen mit Drittstaaten](#)) Die Abkommen sollten Prüfungen einer Schutzbedürftigkeit nach möglichst kurzen Fluchtwegen vorsehen sowie Vereinbarungen zu Rückführungen, wenn Kriterien zur Aufnahme in der EU nicht erfüllt sind.

Sicher, es gibt ernstzunehmende Einwände gegen ein Durchführen der Schutzverfahren in Drittländern. Aber es spricht einiges dafür, dass dazu Regelungen möglich sind, unter denen sich die zynischen Folgen des gegenwärtigen Zustands wenigstens verringern ließen. Dieser Vorteil sollte nicht verworfen werden, solange kein Weg gefunden wird, wie andere, bessere Lösungen mehrheitsfähig gemacht werden können.

Es ist zu hoffen, dass der neue [Sonderbeauftragte](#) der Bundesregierung für Migration hier die Hebel bekommt und sie auch nutzt, um solche Verträge auf den Weg zu bringen, und sein Amt nicht nur eine Placebo-Funktion hat. Von solche Abkommen ist zwar kein schneller Erfolg zu erwarten, da die Verhandlungen ihre Zeit brauchen werden. Aber sie bieten eine Perspektive auf Verringerung der unregelmäßigen Migration, ohne gegen das Grundgesetz zu verstoßen [\[13\]](#), [\[14\]](#).

Solche Abkommen werden aus Sicht der Flüchtlingshelfer zwar nicht die Ideallösung darstellen, sie können aber deutlich besser sein als der gegenwärtige Zustand.

- **Unterbringung** – Werben bei Wohnungsbesitzern, leerstehende Wohnungen wenigstens vorübergehend zur Verfügung zu stellen. Nach [Schätzungen](#) stehen in Deutschland mehr als 1 Millionen Wohnungen leer. Das würde zwar „rechnerisch“ reichen, allerdings ist der Leerstand ziemlich ungleich verteilt: in Metropolregionen wenig Leerstand, viel in ländlichen Regionen, die von Abwanderung betroffen sind. Um diesen Leerstand zu nutzen, braucht es auch Konzepte, wie dort neue Arbeitsplätze hinkommen. Damit könnten solche Regionen wieder einen Aufschwung erfahren (s. hierzu [Was ist Sache? Nr. 15a, Patenschaften für Aufnahme und Integration - Kommunale Konzepte für eine Win-Win-Strategie](#)). Wenn Zuwanderung und Integration in diesen Regionen unter Beteiligung der aufnehmenden Bevölkerung gestaltet werden, kann eine bessere Verteilung der Zuwanderung gelingen, mit guten Chancen auf Zustimmung in der aufnehmenden Bevölkerung.
- **Ehrenamtliche** – Wiederbelebung/Stärkung der vor Ort tätigen Gruppen von Ehrenamtlichen, möglichst unter Beteiligung von bereits integrierten Geflüchteten. Ohne Ehrenamtliche sind ein Zurechtfinden der neuen Geflüchteten in ihrer jetzigen Situation und eine folgende Integration nur schwer vorstellbar. Um die Motivation von manch resignierten Ehrenamtlichen wiederaufzubauen, dürfte es vor allem darauf ankommen, wie die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Ministerien aussieht. Es hat in den vergangenen Jahren sehr positive Fälle in der Zusammenarbeit gegeben, aber auch viele, in denen Ehrenamtlichen das Gefühl vermittelt wurde, man lasse sie vor die Wand laufen.

Da für eine gelingende Integration diese ehrenamtliche Tätigkeit über mehrere Jahre benötigt wird, sollten den Kommunen finanzielle Mittel über längere Zeiträume fest zugesagt werden, mit denen sie die ehrenamtliche Arbeit z.B. über Minijobs unterstützen und ausbauen können.

Fazit

- Für Entscheidungen, die die Gesellschaft beim Thema *Migration und Integration* befrieden sollen, ist eine nüchterne Analyse aller im Zusammenhang zu sehenden Probleme erforderlich, damit die Gesamtlage verstanden wird und im Dialog mit den beteiligten Gruppen vertreten werden kann. Sonst wird man im parteipolitischen Geplänkel stecken bleiben und kein Problem lösen. Die aktuell gerade auch von Kommunalpolitikern beklagte schwierige Situation bei Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten wurde auch hervorgehoben durch ein in vielem unklares Integrations- und Migrationskonzept.
- Migration/Einwanderung bringt Belastungen und Chancen – was überwiegt, hängt vor allem davon ab, wie Integration gelingt: **Schlechte Integration viel Probleme, gute Integration wenig Probleme**. Bei der Zuwanderungsrate ist auf die aktuelle Aufnahmekapazität der jeweiligen Kommunen Rücksicht zu nehmen und diese erforderlichenfalls in Abstimmung mit den Kommunen durch Landes- und Bundesmaßnahmen zu stärken.
- Die Zuwanderung sollte den Aufnehmenden nicht „übergestülpt“ werden, denn ohne diese geht Integration nicht. Wenn aus Zeitgründen eine schnelle Aktion nicht vermeidbar war, muss möglichst schnell das offene Gespräch vor Ort nachgezogen werden. Dabei sind die Gründe für die Zuwanderung, deren Herausforderungen und Chancen so zu diskutieren, dass konstruktive Vorschläge und nachvollziehbare Bedenken der Bürger vor Ort in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.
- Zweifellos gibt es bewusst rassistische Äußerungen und Angriffe. Aber Bedenken-träger sollten nicht vorschnell in dieselbe Ecke gestellt werden, Sorgen und Ängste nicht pauschal als fremdenfeindlich und rassistisch abgestempelt werden. Das ist in der Regel kontraproduktiv.

- Integration sollte immer aktiv und mit einem inklusiven Konzept angegangen werden. Dazu gehören klare und ehrliche Spielregeln sowie konsequentes Vorgehen bei Verstößen gegen unsere Rechtsordnung. Besonders wichtig sind Arbeitserlaubnis und geeigneter Wohnraum. Zum Kennenlernen und Akzeptieren sind gemeinsame (Selbsthilfe-) Projekte von Aufnehmenden und Zugewanderten zu fördern.
- Bei gesamthafter Betrachtung ist es nicht klug, zum Vermeiden eines mehr vermuteten als belegten Pull-Faktors wegen der Abschreckungswirkung eine erfolgreiche Integration durch Isolierung und Perspektivlosigkeit von Zugewanderten zu verhindern. Denn damit werden z.T. gravierende Probleme in Kommunen durch Bildung von Parallelgesellschaften verursacht. Und diese Probleme sind dann auch wesentliche Argumente für andere Länder, sich gegen eine gleichmäßigere Verteilung von Geflüchteten in Europa zu wehren. Die Vorteile gelingender Integration verringern dagegen die Abwehr.

Quellen

- [1] J. Oltmer, Interview, Die Integration ist überhaupt nicht gescheitert, t-online, 14.01.2023, https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/wissen/geschichte/id_100110520/experte-zu-silvester-gewalt-debatte-ueber-gescheiterte-integration-ist-falsch--10589708.html
- [2] Friedrich-Ebert-Stiftung, Umfrage: Was die Deutschen über Migration denken, 2019, <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/umfrage-was-die-deutschen-ueber-migration-denken>
- [3] NDR, Umfrage: Mehrheit für Geflüchtete in der Nachbarschaft, 31.03.2023, <https://www.ndr.de/ndrfragt/Umfrage-Mehrheit-fuer-Gefluechtete-in-der-Nachbarschaft,ergebnisse1186.html>
- [4] J. Oltmer, V. Hanewinkel, Geschichte der Migration nach und aus Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, 08.12.2021, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/341068/geschichte-der-migration-nach-und-aus-deutschland/>
- [5] Mediendienst Integration, Kriminalität in der Einwanderungsgesellschaft, <https://mediendienst-integration.de/desintegration/kriminalitaet.html>
- [6] F. Sommariva, Wie der weltbeste Bürgermeister Extremisten aus seiner Stadt raushält, mit Audio zum Interview mit dem Bürgermeister, Der Standard, 13.11.2021, <https://www.derstandard.de/story/2000130852816/wie-der-weltbeste-buergermeister-extremisten-aus-seiner-stadt-raushaelt>
- [7] J. Weimann, Demographie als Wachstumsbremse - Unser Wohlstand ist in ernster Gefahr, Cicero 25.01.2023, https://www.cicero.de/wirtschaft/demographie-wachstum-wohlstand-gefahr-habeck-weimann?utm_source=cicero_nl&utm_medium=cicero_nl&utm_campaign=newsletter
- [8] C. Wolf, Angewiesen auf ausländische Pflegekräfte, Mediendienst Integration, 09.12.2021, <https://mediendienst-integration.de/artikel/angewiesen-auf-auslaendische-pflegekraefte.html>
- [9] H. Hickmann et al., Ohne sie geht nichts mehr, Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2021, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18547-20211216.pdf>
- [10] Bundeszentrale für politische Bildung, Migration und Wirtschaft, 03.12.2021, https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/344325/migration-und-wirtschaft/?pk_campaign=nl2022-01-12&pk_kwd=344325
- [11] C. Eubel, F. Ghelli, Streit über den Pull-Faktor, mediendienst-integration, 20.10.2022, <https://mediendienst-integration.de/artikel/eine-sogwirkung-konnte-nicht-nachgewiesen-werden.html>
- [12] P. Siggelkow, ARD-Faktenfinder, Migrationsforschung "Pull-Faktoren werden deutlich überschätzt", <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/migration-push-pull-faktoren-101.html>
- [13] M. Baumann, A. Ernst, In der europäischen Asylpolitik verschieben sich die Grenzen dessen, was wir akzeptieren, Interview mit Daniel Thym, NZZ 26.11.2021, https://www.nzz.ch/international/migration-europa-grenzen-des-akzeptablen-verschieben-sich-ld.1657117?ga=1&kid=nl166_2021-11-26&mktcid=nled&mktcval=166_2021--11-26
- [14] G. Knaus, Wer nur von Abschiebung spricht, der blendet, ZEIT vom 09.02.2023, <https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefluechtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus/komplettansicht>

Falls Quellen nicht im Internet erhältlich, beim *Autor* nachfragen